

# fraktion aktuell



Newsletter der **SPD**-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Nummer 6/2017

29. Juni 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossen, liebe Freunde!

Am gestrigen Mittwoch fand die letzte Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause im Juli und August statt. Noch einmal wurden viele Themen zum Teil kontrovers diskutiert. Doch das "Sommerloch" ist für uns kein Anlass unsere Arbeit gänzlich einzustellen. Wir sind trotzdem für Sie da. So planen wir wieder unsere traditionelle "Fraktion vor Ort - Sommertour".

Im Juli werden wir den Bürgerbeirat Eigene Scholle/ Wilhelmsdorf besuchen. Das Gasturbinenkraftwerk der Städtischen Werke ist im August unser Ziel und im September wollen wir mit Vertretern des Brandenburger Theaters Gespräche führen. Auch Fraktionsprechstunden bieten wir an. Wir laden Sie ein weiter mit uns ins Gespräch zu kommen.

Aber vor allem wünschen wir Ihnen/ Euch, liebe Leserinnen und Leser (und uns auch) erholsame Urlaubs- und Sommertage. Bleiben Sie uns gewogen –

Ihre/ Eure  
Britta Kornmesser



**Britta Kornmesser/ Udo Geiseler**

## **Wirkliche Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung des Packhofes nicht gewollt**



Das Packhofgelände im Herzen unserer Stadt ist eine wichtige innerstädtische Fläche und die weitere Entwicklung dieses Areals wird unser Stadtbild die nächsten Jahrzehnte nachhaltig prägen. Jetzt haben die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt das Wort.

Die SPD-Fraktion begrüßt es grundsätzlich, dass es zur künftigen Gestaltung des Packhofes eine Bürgerbefragung geben wird. Diese war im Februar von Oberbürgermeisterin Dietlind Tiemann groß angekündigt worden. Statt aber nun selbst ein entsprechendes Verfahren in Gang zu setzen, überließ sie es ihren getreuen Hotelfans aus CDU, Freien Wählern und FDP, eine einzige, ihr genehme, Frage-

stellung zu formulieren – selbstverständlich unter Umgehung der anderen Fraktionen in der SVV, der Bürgerinitiative Packhof und der betroffenen Anwohner.

Eingebracht wurde der Abstimmungstext (bewusst) so kurzfristig, dass er dann nicht mehr in den zuständigen SVV-Fachausschüssen inhaltlich diskutiert werden konnte. Selbst in der Stadtverordnetenversammlung versuchten die Fraktionen der CDU und Freien Wähler mithilfe von Geschäftsordnungsanträgen eine öffentliche Diskussion um den Bürgern zur Abstimmung vorzulegende mögliche Fragestellungen zu verhindern. Wirkliche Bürgerbeteiligung ist offensichtlich gar nicht erwünscht! Ein Ausbau von Bürgerbeteiligung hatte sich Frau Dr. Tiemann bei der letzten Oberbürgermeisterwahl aber auf die Fahnen geschrieben. Wörtlich hieß es in ihrem Wahlprogramm: „Für mich stehen die Bürger unserer Stadt im Mittelpunkt meines Handelns. .... Ich will, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger noch stärker an den Entscheidungen beteiligt werden. Dies gilt für alle Bereich der Stadtgemeinschaft. Nicht nur die Verwaltung muss sich noch stärker darauf einstellen, dass sich Menschen spontan zu einem ganz bestimmten Thema zusammenfinden und einmischen, auch die einzelnen Bürger sind gefordert, ihre Stimme noch stärker zu erheben. Mein Ziel ist eine echte Bürgergesellschaft.“ Leider stehen ihr Verhalten und ihre tatsächlichen Taten hierzu im krassen Widerspruch.

Was ist es für eine Bürgerbeteiligung, wenn die Oberbürgermeisterin eine Bürgerbefragung ausruft, diese dann aber nicht vorbereitet und der SVV zur inhaltlichen Diskussion vorlegt?

Was ist es für eine Bürgerbeteiligung, wenn bei der Entwicklung eines so wichtigen innerstädtischen Areals für die Bürger nur eine mögliche Entwicklungsvariante zur Abstimmung steht?

Wenn wir die Bürger in einer so wichtigen Angelegenheit wie die zukünftige Entwicklung des Packhofgeländes befragen wollen, dann doch bitte umfassend und mit dem Ziel ein wirkliches Meinungsbild zu erhalten. Dazu gehört, dass die Bürger zwischen verschiedene Alternativen entscheiden können! Nur mit einer differenzierten Fragestellung hätte man ein klares Abstimmungsbild dahingehend bekommen, welche Entwicklungsperspektiven für den Packhof von der Bürgerschaft mehrheitlich mitgetragen werden.

Mit einem Änderungsantrag haben wir zusammen mit den Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/pro Kirchmöser einen Beschlusstext vorgelegt, der auf Grundlage verschiedener Alternativen und der Abstimmungsmöglichkeit mit Ja/Nein/Enthaltung ein klares Meinungsbild erbracht hätte. Hier unser Vorschlag hinsichtlich der Fragestellungen:

1. Möchten Sie, dass das Packhofgelände unbebaut bleibt und als öffentliche Grünfläche weiterentwickelt wird?
2. Möchten Sie eine Entwicklung des Packhofgebietes mit Wohnbebauung und max. 20% gewerblicher Nutzung sowie Freihaltung der Grünflächen zwischen dem Havelufer und dem vorhandenen Mittelweg? ( Hinweis: analog Lageplan Anlage 1, link zum Strukturkonzept von Mai 2012)
3. Möchten Sie eine Entwicklung und Bebauung des Packhofgebietes mit einem 4-Sterne- Hotel mit ca. 200 Betten und öffentlich zugänglichem Wellnessbereich sowie einem Parkhaus und ergänzender Wohnbebauung? (Hinweis: analog Lageplan Anlage 2, link zum Entwurf premero-projekt)

Leider wurde dieser Vorschlag von einer Mehrheit aus CDU (+Oberbürgermeisterin), Freien Wählern und FDP abgelehnt.

Nun wird die Bürgerbefragung auf Grundlage des Antrages der CDU/Freien Wähler/FDP auf folgende Frage reduziert:

1. Sind Sie dafür, dass auf dem Packhofgelände neue Wohnungen, ein 4-Sterne-Hotel mit öffentlich zugänglichem Wellnessbereich sowie ein Parkhaus für das Quartier errichtet werden?

Jetzt wird es also nur eine Abstimmung geben: Hotelkomplex JA oder NEIN, wobei weder die Größe des Hotels oder Parkhauses noch der Anteil der Wohnbebauung näher definiert sind.

Woher weiß der Bürger, worüber er abstimmt?

Ein Antrag der Grünen, dass es für die Bürgerbefragung noch einmal eine Informationsveranstaltung durchgeführt wird, wurde von den Fraktionen der CDU und Freien Wähler abgelehnt. Offensichtlich sollen die Bürger keine unbequemen Fragen stellen.

Mit der jetzt beschlossenen Fragestellung haben die Bürger kein Mitspracherecht mehr was die Größe eines möglichen Hotelkomplexes angeht und kaufen somit die Katze im Sack. Keine Auflagen für den Investor, der dann machen kann was er will und der- nebenbei vermerkt - bislang noch nicht einmal die Kostenübernahme der Erschließung des Geländes schriftlich erklärt hat. Augen zu und durch! So geht Politik auf Grund von Mehrheitsverhältnissen in Brandenburg an der Havel.

**Daniel Keip**

## **Tempo 20 durch die Hintertür?**



Die „Aktionsplan Lärminderung Stufe 2“ war gestern eine der am intensivsten debattierten Vorlagen. Nachdem bereits in den Ausschüssen klar war, dass eine generelle Reduzierung der Geschwindigkeit in der Stadt auf Tempo 30 keine Mehrheit finden würde, hat die Verwaltung reagiert. Mit einer Ausnahme, einer Tempo 30 Regelung für den Schwerverkehr in Schmerzke während der Nachtstunden, wurden alle Geschwindigkeitsbeschränkungen aus der Vorlage entfernt. Und das ist auch nur konsequent. In keinem Gremium oder Ausschuss konnte dargelegt werden, wie sich die reine Temporeduzierung auf die Lärmpegel auswirken würde.

Vielmehr wurde auch am gestrigen Abend noch einmal über die grundsätzliche Frage diskutiert, ob ein Lärmminde-rungsplan so wie vor einigen Wochen der Luftreinhalteplan ohne den zwingend dazu gehörenden Verkehrsentwick-lungsplan beschlossen werden kann. Aus Sicht der Stadtverwaltung kann er dies. Und die Stadtverwaltung machte deutlich, dass für eine Vertagung keine Zeit mehr bliebe, denn nachdem die Stadtverwaltung seit 2013 den Auftrag für einen erweiterten Lärmminde-rungsplan hat, wurde sie nun aufgefordert unverzüglich ein beschlossenes Konzept beim Landesumweltamt vorzulegen.

Über Jahre hat die Stadt das Thema ausgesessen und jetzt musste es im Parforceritt durch die SVV gebracht werden. Und wie schon beim Luftreinhalteplan, der erst in der SVV um die Öffnung der Augustastraße bereichert wurde, lagen auch zum abgespeckten Lärmminde-rungsplan schon Änderungsanträge vor. Und auch für diese Anträge galt: Es sind Forderungen für den Verkehrsentwicklungsplan und nur in begrenztem Umfang Maßnahmen zur Lärmreduzierung.

Während Bündnis 90/ Die Grünen – pro Kirchmöser die Minderung des motorisierten Individualverkehrs durch Stärkung des ÖPNV und des Radverkehrs forderten, hatte die CDU das Thema Geschwindigkeitsreduzierung in der Innen-stadt wieder in den Plan schreiben wollen. Also genau jene Maßnahmenpalette, die in der öffentlichen Diskussion erst am heftigsten kritisiert wurde. Beide Anträge fanden in ganz neuen Abstimmungskonstellationen eine Mehrheit, was umso überraschender ist, als selbst bekennende Automobilisten plötzlich den Vorteil von Elektromobilität priesen und den aktuellen modal split, also die Zusammensetzung der unterschiedlichen Verkehrsträger auf Brandenburgs Straßen, kritisierten.

Man darf gespannt sein, mit welchen Prüfergebnissen und in welchen Schritten die Verwaltung die Maßnahmen aus dem nun veränderten Lärminderungsplan umsetzen wird. Wir haben uns bei der Abstimmung zu diesem Konzept enthalten. Der von der Verwaltung veränderte Plan, der teilweise die Sanierung von vor kurzem sanierten Straßenzügen vorsieht, ist aus unserer Sicht weder finanziell untersetzt, noch helfen die Maßnahmen bei einer wirksamen Lärminderung. Darüber hinaus ist für uns klar, dass verkehrliche Fragen nur im Kontext zu behandeln sind und deshalb der Verkehrsentwicklungsplan als regelndes Fundament für die weiteren Pläne vorliegen sollte. Er lag nicht vor und damit fehlte eine wichtige Entscheidungsgrundlage.

**Britta Kornmesser**

## **Flutlichtmasten im Stahlstadion sind standsicher Wahrzeichen werden trotzdem abgerissen**



Jetzt ist es amtlich. Die Flutlichtmasten im Stahlstadion werden noch im Juli diesen Jahres abgerissen.

Die SPD-Fraktion hatte in der Stadtverordnetenversammlung am 28.06.2017 einen Antrag eingebracht, dass die Flutlichtmasten nicht abgerissen werden und das eingesparte Geld in die Errichtung der Kita in der Hausmannstraße fließen soll. Unser Antrag wurde von den Fraktionen der Linken und Grünen unterstützt, jedoch stimmten die Fraktionen der CDU, BüföBü (Freie Wähler) und AfD dagegen. Auch unsere Oberbürgermeisterin, Frau Dr. Tiemann hat bei namentlicher Abstimmung gegen den Erhalt der Flutlichtmasten gestimmt. Mit dieser Abstimmung wurde der Abriss dieses Wahrzeichens unserer Stadt endgültig besiegelt.

Dieser Schritt tut vielen Brandenburgern weh, umso mehr als dass der ursprüngliche Grund des Abrisses, keine nachgewiesene Standsicherheit der Masten, nicht mehr vorliegt. Die Interessengemeinschaft „Freunde des Stahlstadions“, die sich seit Jahren für den Erhalt der Masten stark machen und auch Spendengelder gesammelt haben, konnten Professor Dr.-Ing. Dirk Werner von der HTW Berlin gewinnen, die Standsicherheit der Masten und den ggf. erforderlichen Sanierungsbedarf nochmal zu untersuchen. Herr Prof. Werner ist neben seiner Tätigkeit im Fachbereich Ingenieurwissenschaften auch zugelassener Prüferingenieur für Massivbau und Stahlbau. Er verfügt aufgrund seiner Tätigkeit über modernste Rechenprogramme.

Seit letzter Woche liegt der von Prof. Werner erarbeiteter Prüfbericht zur Standsicherheit vor. Auf Grundlage seiner durchgeführten Berechnungen und Vor-Ort-Begehungen kommt er darin zum Ergebnis, dass die Masten standsicher sind und auch in den nächsten Jahren keine Gefahr von den Masten ausgeht. Auch vorhandene Risse im Kappenbeton der Fundamente haben keinerlei Auswirkung auf die Standsicherheit. Im Fernsehinterview mit dem RBB am Freitag, den 23.06.2017 vor Ort im Stahlstadion hat Herr Professor Werner nochmal bestätigt, dass von den Masten keinerlei Gefahr für Leib und Leben ausgeht und dass er davon ausgeht, dass der tatsächliche mittelfristige Sanierungsaufwand in den nächsten 8 Jahren erheblich geringer ist, als bislang angenommen. Hierzu würde er in seinem Gutachten noch detaillierte Ausführungen machen.

Der Bürgermeister unserer Stadt, Herr Scheller(CDU) hat argumentiert, dass er die Verantwortung, dass die Masten tatsächlich standsicher sind, übernehmen müsste.

Natürlich kann Prof. Werner als Aufsteller der Statik und des Prüfberichtes seinen eigenen Prüfbericht nicht selbst mit einem grünen Prüfstempel versehen. Hierzu haben jedoch die Freunde des Stahlstadions gegenüber Herrn Scheller schriftlich erklärt, dass sie, falls Herr Scheller eine nochmalige Prüfung des Berichtes durch einen Dritten tatsächlich für erforderlich erachtet, die Kosten für die Prüferingenieurleistung übernehmen würden. Leider war Herr Scheller für keinerlei Argumente zugänglich und forcierte weiterhin den Abriss.

Bei dem Erhalt der Flutlichtmasten geht es um Tradition, nicht nur weil sie an hochklassige Fußballzeiten in unsrer Stadt erinnern. Die Flutlichtanlage, die 1988 errichtet wurde, wird von vielen Bürgern unserer Stadt als Wahrzeichen gesehen. Das Stahlstadion ist mit seiner einzigartigen Flutlichtanlage untrennbar verbunden und die imposanten Masten sind auch ein Meisterwerk der Ingenieurkunst - und die Flutlichtanlage funktioniert noch. Auch wenn nur die beiden unteren Lagen mit Lampen besetzt sind, so ist mit der vorhandenen Anlage eine Ausleuchtung des Stadions für Wettkämpfe, Training und Veranstaltungen möglich.

Mit dem Wissen, dass die Masten doch standsicher sind, ist ein sofortiger Abriss nicht erforderlich und es wird völlig unnötig viel Geld ausgegeben. Wenn die Masten jetzt abgerissen werden, dann sind sie unwiederbringlich weg! Es ist unstrittig, dass das Stahlstadion für seinen Betrieb eine Lichtanlage benötigt. In dem Stadion wird nicht nur Fußball gespielt, auch die Leichtathleten des VfL bereiten sich hier auf internationale Wettkämpfe vor. Nach einem Abriss der Masten müsste die Stadt viel Geld für eine neue Lichtanlage in die Hand nehmen. Dieses Geld zusammen mit den eingesparten Abrisskosten, würde schon einen soliden Grundstock für den Erhalt der jetzigen Flutlichtanlage ermöglichen. Mit der Erkenntnis der vorhandenen Standsicherheit hätte man als Stadt jetzt die Ruhe und Zeit gehabt, zusammen mit allen Beteiligten ein Konzept für einen möglichen weiteren Betrieb des Stahlstadions mit seiner Flutlichtanlage zu erarbeiten. Leider ist dieser Traum vorbei!

**Udo Geiseler**

## **Ist die Betreuung einer Kita eine kommunale Aufgabe?**



Ganz bewusst beginne ich meine Ausführungen mit einer Würdigung der Arbeit der freien Träger, die alle Kindertagesstätten in unserer Stadt betreiben. Kürzlich besuchten wir im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe „SPD-Fraktion vor Ort“ das Kinderhaus „Mittendrin“ in Hohenstücken. Es beeindruckte uns, wie die Mitarbeiterinnen über ihre Aufgabe als Erzieherinnen hinaus Sozialarbeit leisten, wenn sie jungen Müttern und Familien Rat und praktische Hilfe zur Bewältigung des Alltages geben. Ein solches Engagement ist nicht hoch genug zu würdigen.

Dennoch muss es erlaubt sein zu fragen, ob frühkindliche Bildung und Erziehung nicht auch eine öffentliche Aufgabe sind und eine Kommune wie Brandenburg an der Havel nicht eine eigene Kita betreiben sollte. Diese Frage wurde erst im Bildungsausschuss und gestern auch in der SVV kontrovers diskutiert. Anlass war ein Antrag der Partei DIE LINKE, die neue Kita in der Bauhofstraße durch die Stadt betreiben zu lassen. Die Gegner einer solchen Idee aus CDU, Freie Wähler, FDP führten Argumente ins Feld, die sich zusammenfassen lassen mit der Bemerkung, dass Private angeblich sowieso alles besser können würden... Zudem argumentierten sie, dass die Verwaltung gezwungen wäre, eine eigene Fachgruppe zum Betreiben der Kita aufzubauen und dieses teuer wäre.

Letzteres Argument ist aus unserer Sicht durchaus gewichtig. Allerdings beantwortet es nicht die Frage, ob sich die Kommune wirklich komplett aus der Kitabetreuung zurückziehen sollte. Schließlich könne – so der Einreicher DIE LINKE – eine Kommune mit einer eigenen Einrichtung flexibler auf Engpässe bei der Platzvergabe oder auf Lücken in der Vielfalt der konzeptionellen Ausrichtung der gesamten Kitalandschaft reagieren. Dieser Argumentation konnte sich auch die SPD-Fraktion anschließen, zumal wir unter Vielfalt eben auch kommunale Kita-Angebote verstehen. Zudem sehen wir Bildung zu allererst als öffentliche Aufgabe. Die Frage ist, wie man dieses umsetzt.

Im Bildungsausschuss wurde von Vertretern von CDU und Freien Wählern schließlich argumentiert, dass im Falle eines Tarifkonfliktes in einer öffentlichen Kita eher mit Streik zu rechnen wäre als bei freien Trägern. Man solle sich deswegen

auf die „Freien“ stützen. Das wiederum geht für uns gar nicht! Für die SPD-Fraktion ist das Streikrecht ein Grundrecht! Als Sozialdemokraten konnten und wollten wir nicht zulassen, dass die (eingeschränkte) Streikwahrscheinlichkeit als Argument für die Ablehnung einer kommunalen Kita steht. Aus diesem Grund haben wir den Antrag der Fraktion DIE LINKE letztendlich mehrheitlich unterstützt, auch wenn er von der SVV-Mehrheit abgelehnt wurde. Die oben genannte Grundfrage war damit aber nicht beantwortet. Sie wird wiederkommen.

**Nicole Näther**

## **Wust und Gollwitz zu weit entfernt von den Oberschulen Nord und Nicolai**



Einige Eltern und Kinder aus den Ortsteilen Wust und Gollwitz erhielten am 05. Mai die Nachricht, dass ihre Kinder weder an der Erstwunschschule noch an der Zweitwunschschule Nord bzw. Nicolai im Rahmen des Ü-7-Verfahrens aufgenommen werden können. Die **Gründe** waren durchgängig **die Entfernung zwischen Wohnort und Schule**. Es sind vorzugsweise die Schüler aufzunehmen, die der Oberschule am nächsten wohnen, antwortete das Staatliche Schulamt auf Anfragen der SPD-Fraktion.

Das Staatliche Schulamt teilte den Eltern mit, dass sie sich gern bei der berufsorientierten Schule in Kirchmöser, der Oberschule in Hohenstücken oder aber auch in Ziesar bewerben können. Dies mögen die Eltern aber spätestens bis zum 18.05.2017 beantragen, ein späterer Eingang nach dem 18.05.2017 könne nicht mehr berücksichtigt werden mit der Folge, dass die Kinder ohne Rücksprache mit den betroffenen Eltern einer Schule zugewiesen werden.

Nun war uns bis dato gar nicht bekannt, dass Ziesar oder der Brandenburger Stadtteil Hohenstücken dichter an den Ortsteilen Gollwitz und Wust liegen als die Nicolaischule in der Vereinsstraße oder die Nordschule in der Brielower Straße, aber wie sagt man so schön: „Das Leben ist ein ewiger Lernprozess“.

Der Wechsel eines Kindes von der Grundschule (am Ende der Jahrgangsstufe 6) in eine weiterführende Schule ist ein bedeutendes Ereignis, da die richtige Wahl einer weiterführenden Schule für die **individuelle Entwicklung** eines jeden einzelnen Kindes wichtig ist. Dieser **Entscheidungsprozess** ist häufig mit einer Vielzahl von Fragen verbunden, um abschließend eine Schule zu finden, in der sich das Kind wohl fühlt und zugleich entsprechend seiner Individualität gefördert und gefordert wird. Nachdem die Eltern sich nun intensiv im zurück liegenden Jahr mit dieser Frage auseinandergesetzt und sich für einen Weg entschieden haben, erhielten nun einige von ihnen eine derartige Abfuhr.

Natürlich können wir die Landespolitik nicht ändern und über derartige Auswahlkriterien muss man sich schon sehr wundern, aber wollen wir als Stadtverordnete das so im Raum stehen lassen und auch in dieser Frage völlig unsinnige Parteipolitik betreiben?

Sollten wir uns als Stadtverordnete in Folge dieser Erkenntnisse nicht die Frage stellen, ob unsere Schulentwicklungsplanung noch der aktuellen Schulentwicklung entspricht oder die Nachfragen sich augenscheinlich verändert haben und wir bei den Angeboten nachsteuern müssten? Gibt es für uns als Schulträgerin der Oberschulen und der Gymnasien die Notwendigkeit der Nachbesserung einer qualifizierten Schulentwicklungsplanung verbunden mit einer Erhöhung von Raumkapazitäten? Im Rahmen der Anfragen hat sich immerhin herausgestellt, dass 18 Brandenburger Kinder sowohl von der Erstwunsch- als auch von der Zweitwunschschule abgelehnt wurden.

**Daniel Keip**

## **Der Wahlkampf hat begonnen**



Auf zwei Anfragen unserer Fraktion wurde am gestrigen Abend schriftlich und mündlich geantwortet. Zunächst ging es um die Frage, ob die CDU-Fraktion in ihrem Juni-Newsletter Wahlwerbung für eine Bundestagskandidatin machen durfte. Die Antwort aus der Verwaltung: Die Ausführungen im Infobrief der CDU-Fraktion haben offensichtlich keinen Bezug zu den Aufgaben einer Fraktion. Schön, dass die Stadtverwaltung dies sehr ausführlich herleitet und auch begründet. Denn bei allem Abfärben von Wahlkampf bis in die Kommunalpolitik hinein, sollten wir uns als Kommunalpolitiker vor allem um die Themen der Stadt kümmern. Unsere Unterstützung für einzelne Kandidaten zu Wahlen hat mit unserer Arbeit als Stadtverordnete nur wenig zu tun und sollte deshalb zurück stehen.

Die zweite Anfrage bezog sich auf die Kandidatur einer Brandenburg Wahlbeamtin zum Deutschen Bundestag. Gemäß Landesbeamtengesetz steht ihr ein zweimonatiger unbezahlter Wahlvorbereitungsurlaub zu. Dieser soll sicherstellen, dass der Beamte sich die für den Wahlkampf und die Wahlwerbung nötig Zeit nehmen kann, ohne dass erstens seine Arbeit darunter leidet und zweitens der Verdacht entsteht, dass Wahlkampf aus dem Amt geführt würde. Ein anderer Kandidat in unserem Brandenburger Wahlkreis hat dem Vernehmen nach bei seinem Dienstherrn, dem Justizministerium, bereits den Antrag gestellt und diesen auch bewilligt bekommen. Die Brandenburger Wahlbeamtin hat gestern mündlich erklärt, dass sie keine solche Auszeit für den Wahlkampf nehmen wird. Vielmehr wird sie ihren regulären Urlaubsanspruch für Wahlkampftermine nutzen und ansonsten die mit ihrem derzeitigen Amt verbundenen Repräsentationsaufgaben, die in den letzten Wochen und Monaten ganz offensichtlich zugenommen haben, weiterhin erfüllen.

**Carsten Eichmüller**

## **Vom BUGA-Standort zum Bürgerpark**



Gestern hat die SVV mit großer Mehrheit die Benutzungsordnung für den Bürgerpark Marienberg beschlossen. Ziel ist es, den Marienberg für die Bürgerinnen und Bürger weiter offen zu halten und gleichzeitig die Pflege der Anlagen und ihren Schutz vor Vandalismus in größtmöglichem Umfang zu garantieren. Deswegen wird der Marienberg auch künftig weiter von einem Zaun umgeben sein. Die verschiedenen Tore werden aber täglich von 6.00-23.00 Uhr geöffnet.

Wir haben als SPD bereits kurz nach Ende der BUGA darauf gedrungen, dass der Marienberg weiterhin ein kostenfreier öffentlicher Naherholungsort ist - so wie er es immer war. Das ist nun garantiert, worüber wir uns sehr freuen. Wir begrüßen es auch, dass sich die Verwaltung darüber hinaus offen für flexible Maßnahmen zeigt. So wurde zum Beispiel zugesichert, dass der Marienberg an Silvester offen bleibt, so dass wir auch weiterhin von der Spitze Berges den Jahreswechsel der Brandenburger beobachten können.

Ganz persönlich freue ich mich für unsere Kinder, dass wir auch die Rodelbahn am Nordaufgang erhalten konnten.

Eine weitere Anregung, die aus der Altstadt kam, haben wir der Verwaltung gestern noch mit auf den Weg gegeben: Vielleicht kann man in den Sommermonaten die Tore um 5.00 Uhr öffnen, weil morgens schon viele Jogger unterwegs sind, die gern die Wege auf dem Marienberg nutzen. Das passt ja auch zum angestrebten Bürgerpark-Modell.

Zusammenfassend ist zu würdigen, dass der öffentliche Bürgerpark Marienberg jetzt endlich Wirklichkeit wird. Das ist sehr erfreulich. Schade ist nur, dass die Stadt dazu fast zwei Jahre brauchte. Eigentlich hätte ein Plan für die Nachnutzung der BUGA-Areale schon vor zwei Jahren existieren müssen.

**Britta Kornmesser**

## **Brandenburg an der Havel und Ballerup feiern Partnerschaft**



Mit der feierlichen Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunde fand gestern ein sechsjähriges Kennenlernen seinen Höhepunkt. Brandenburg an der Havel und das dänische Ballerup sind nun Partnerstädte. Bei der feierlichen Unterzeichnung der Urkunde in der dänischen Stadt wird für die SPD-Fraktion Nicole Näther nach Ballerup reisen.

Mit Kulturattaché Birgitte Tovborg Jensen war eine Vertreterin der Königlich Dänischen Botschaft bei der Festsitzung der Stadtverordnetenversammlung anwesend, die die Bedeutung der deutsch-dänischen Beziehungen und die Freundschaft zwischen den Völkern im gemeinsamen Haus Europa unterstrich.



Jesper Würtzen, der Bürgermeister Ballerups, war mit seinen beiden Stellvertretern extra aus Dänemark angereist und machte deutlich, wie wichtig unseren Freunden die neue Partnerschaft ist. Mit herzlichen Worten erklärte er das Zusammenfinden der beiden Städte und die engen und vertrauten Beziehungen, die sich seit 2011 entwickelt haben. Wir werden den Gedanken der Städtepartnerschaft gerne aufgreifen und Ideen unterstützen, wie diese Partnerschaft und die anderen drei mit Leben gefüllt werden können.



Michael Raith

**Herzlich Willkommen!**

**Neue Kinder- und Jugendbeauftragte gewählt**



Nach dem Rücktritt der aktuellen Kinder- und Jugendbeauftragten war es zwingend erforderlich, eine neue Kinder- und Jugendbeauftragte zu wählen.

Der Jugendhilfeausschuss machte von seinem Vorschlagsrecht in der Stadtverordnetenversammlung Gebrauch und schlug nach einer Marathonwahl am 05.07.2017, Frau Beier vor.

Einstimmig wurde in der gestrigen Sitzung Annemarie Beier zur neuen Kinder- und Jugendbeauftragten gewählt.

Wir danken den 3 Bewerbern und hoffen, dass sich die zwei Nichtgewählten auch weiterhin für die Belange der Kinder- und Jugendlichen unserer Stadt einsetzen werden.

Die SPD Fraktion wünscht Frau Beier alles Gute für die anstehende Arbeit und hilft gern bei der Lösung von Problemen und der Bewältigung der anstehenden Aufgaben.

**Wir wünschen allen Lesern eine gute und sonnige Sommerzeit.  
Der nächste Newsletter erscheint dann wieder nach der SVV im  
September.**